

Auf der Suche nach dem
„Common Ground“

Obamas Rückkehr zur Moral in der Politik

Ferdinand Oertel

Als Barack Obama am 20. Januar sein Amt als 44. amerikanischer Präsident antrat, konzentrierten sich die Berichte und Kommentare in den Medien vorwiegend auf die Fragen, was er in der amerikanischen Innenpolitik und in der Weltpolitik verändern will und kann. Weniger in den Blick genommen wurde, aus welchen Quellen der erste schwarze Präsident in Washington seine Visionen schöpft, die ihn für die große Mehrheit des amerikanischen Volkes und auch für die Menschen in vielen Teilen der Welt als neuen „Messias“ am düsteren Horizont des einundzwanzigsten Jahrhunderts erscheinen lassen. Vermerkt wurde in der Öffentlichkeit lediglich allgemein, dass er den *Spirit of America* wiederbeleben will, jenen Geist der Gründerväter der Vereinigten Staaten, gegen den in den Augen vieler Amerikaner und ihrer transatlantischen Verbündeten die Regierung seines Vorgängers verstoßen hatte. Nach fast einem halben Jahr tritt aus Obamas ersten innenpolitischen Maßnahmen und seinem Auftreten auf der Weltbühne das klarer zutage, was seine innere Stärke zu sein scheint und was ihn authentisch und glaubhaft macht – glaubhaft auch im Sinne von Glauben und Religion.

Wenn man Obamas Inaugurationsrede nachliest, findet man darin Bezüge auf seinen geistigen Standort und seine Verwurzelung in der amerikanischen Tradition. So bezeichnete er das „Patchwork-Erbe“ der vielfältigen religiösen Glaubensgemeinschaften von Christen und Moslems, Juden und Hindus sowie

Nichtgläubigen als „Stärke, nicht als Schwäche“. Die Herausforderungen der Zukunft, so führte er in dieser Passage aus, könnten nur bewältigt werden, wenn Amerika zu den „alten Werten“ zurückkehre, die von Verantwortung für „uns selbst, die Nation und die Welt“ getragen würden. Und wenn Obama als Quelle für das daraus erwachsende Vertrauen in die Zukunft wörtlich das Wissen nennt, „dass Gott uns aufgerufen hat, eine ungewisse Zukunft zu gestalten“, dürfte dieser Bezug nicht nur eine Floskel gewesen sein.

Kaum in der Öffentlichkeit beachtet worden ist das, was Obama wenige Wochen nach seiner Amtseinführung bei dem National Prayer Breakfast über seinen persönlichen Glauben gesagt hat. An diesem privat veranstalteten jährlichen Treffen in Washington nehmen nicht nur die Spitzen der politischen Parteien, des Verfassungsgerichtes und der großen Religionsgemeinschaften teil, sondern auch geladene ausländische Staatsführer. In diesem Jahr war das Tony Blair, und er sowie Obama offenbarten in ihren Ansprachen freimütig die Quellen ihres Glaubens und dessen Einfluss auf ihr Leben. Blair, der wenige Monate nach dem Ende seiner Amtszeit als britischer Premierminister zum Katholizismus übertrat, beklagte die wachsenden Konflikte zwischen fundamentalistischen Religionsanhängern und aggressiven Nichtgläubigen, während Obama zunächst allgemein erklärte, dass es für jeden, der glaubt, „keine Religion gibt, deren Kernverkündigung der Hass ist“, und

„dass es keinen Gott gibt, der gutheißt, ein unschuldig menschliches Leben zu nehmen“.

Von sich persönlich bekannte der US-Präsident, dass er nicht religiös erzogen worden sei. Sein Vater war ein geborener Moslem, sei aber glaubensloser Atheist geworden. Seine Mutter sei gegenüber organisierter Religion skeptisch gewesen, habe ihn als Kind aber gelehrt, „so zu handeln, wie er selbst behandelt werden wolle“. Er selbst sei ein bewusster Christ geworden, als er in Chicago als Sozialarbeiter tätig gewesen sei und sein Büro in einem katholischen Pfarramt gehabt habe. Er sei nicht durch Kirchenlehre überzeugt worden und habe auch keine „plötzliche Erleuchtung“ gehabt (sicherlich eine Anspielung auf George W. Bushs „Born again“-Bekehrung), sondern ihn habe die selbstlose Nächstenliebe der „Kirchenleute“ überzeugt. In den Armenvierteln Chicagos habe er „den Geist Gottes zum ersten Mal verspürt und sich zu einem höheren Lebensauftrag berufen gefühlt – Seinem (gemeint: Gottes) Auftrag“. Obama schloss seine Rede mit der Feststellung, zu diesem „Brotbrechen“ in Washington sei man zusammengelassen, um sich „der Aufgabe der Nächstenliebe zu verpflichten, die im Herzen der Menschheit verankert ist“. Und er fügte an: „Wie der heilige Augustinus sagte: ‚Bete so, als ob alles von Gott abhängt, und arbeite so, als ob dennoch alles von dir abhängt.‘“

Unanständig, unverantwortlich, menschenunwürdig

In den ersten Tagen sind alle Schritte, die der neue Präsident unternahm, mit Argusaugen verfolgt worden, um zu beurteilen, ob er seine Wahlversprechen mit seinem „Yes, we can“ tatsächlich hält. Und er schritt atemberaubend zur Tat. Als Erstes leitete er die notwendigen juristischen Schritte zur Schließung von Guantánamo ein und verbot umgehend

Foltermethoden gegenüber politischen Gefangenen. Begründung: Sie sind unwürdig und widersprechen den Grundwerten der amerikanischen Demokratie. Die Handlungsweisen der Manager im Banken-, Immobilien- und Autowesen, die zur größten Wirtschaftskrise in den USA seit dem Crash Ende der 1920er-Jahre geführt hatten, nannte er „unverantwortlich“ und die Mitnahme von Millionen-Boni und Abfindungen „unanständig“. Dass er bei Kreditprogrammen zur Rettung der Wirtschaft auf Widerstände im Kongress bei seinen politischen Gegnern stieß und auf Widerstand beim Militär gegen die endgültige Schließung von Guantánamo, brachte ihn ebenso wenig von seinem Weg ab wie Rückschläge bei der Zusammenstellung seines Kabinetts, als sich herausstellte, dass zwei Kandidaten in Korruptionsfälle verwickelt waren. Schnell zeigte sich, dass er nicht der „naive Neuling“ im Washingtoner Regierungsdickicht war, zu dem man ihn abgestempelt hatte, sondern dass er klug und entschlossen den Finessen und Tricks seiner Gegner entgegentrat und schließlich sowohl seine Rettungsprogramme der Wirtschaft als auch die Rechtswahrung bei der Terrorismusbekämpfung durchsetzte.

Was das Jesuitenmagazin *America* in einem Editorial anlässlich der ersten hundert Tage der Amtszeit Obamas als Grundlagen für den „neuen Kurs“ in seiner Weltpolitik bezeichnete, gilt gleichermaßen für die neue innenpolitische Richtung: dass die US-Regierung unter seiner Führung „sofort den Ton änderte, allen eine offene Hand entgegenstreckte und der bedrängten Welt ein paar einfache alte Regeln des höflichen Umgangs miteinander näherbrachte“. Damit habe Obama vor allem „Mr. Bushs kriegerische Außenpolitik“ umgekehrt, die „in gefährlicher Selbsttäuschung über die Vormachtstellung Amerikas fast die ganze Welt zu ihren Feinden gemacht hat“. Zu

den ungewöhnlichen neuen diplomatischen Schritten in der Außenpolitik zählen Obamas Ansprache an den Iran, in der er erklärte, ihm „auf der Ebene zweier souveräner Staaten“ begegnen zu wollen, seine Bekundungen auf dem G20-Gipfeltreffen, mit den europäischen Staaten und insbesondere mit Russland „auf gleicher Basis“ zu kooperieren, und seine unvoreingenommene Begegnung mit den Staatsführern Mittel- und Südamerikas einschließlich der Präsidenten von Kolumbien und Bolivien.

Obama weiß, dass diese ersten Annäherungen an die Staaten, die unter Bush als „Achse des Bösen“ bekämpft wurden, noch keine unmittelbaren Erfolge für Zusammenarbeit und Frieden darstellen. Dass sie aber als Gesten einer neuen Politik verstanden worden sind, zeigt unter anderem die Entspannung zwischen Washington und Moskau bezüglich des von der Bush-Regierung geplanten Raketen-schutzschildes in Osteuropa. Trotzdem geriet Obama unter Beschuss seiner innenpolitischen Gegner, die ihm vorwerfen, Amerikas Interessen zu verkaufen und seine Sicherheit zu bedrohen. Darauf reagierte der Präsident mit Gelassenheit und Ironie. Als der frühere Vizepräsident Dick Cheney ihm vorwarf, seine Außenpolitik lasse Amerika schwach erscheinen, wenn er mit Kolumbiens antiamerikanischem Präsidenten spreche, antwortete Obama: „Das Verteidigungsbudget Kolumbiens beträgt ein Sechshundertstel vom amerikanischen, deshalb ist es unwahrscheinlich, dass die strategischen Interessen Amerikas in Gefahr geraten, wenn ich ihm die Hand gebe oder höflich mit ihm spreche.“ Dass er andere sicherheitspolitische Prioritäten hat als seine Vorgänger, wurde deutlich, als er erste Türen nach Kuba öffnete: Er will mit der Freigabe von Reiseerleichterungen „den menschlichen Kontakt“ zwischen getrennt lebenden Kubanern ermöglichen – und sorgt nebenbei nach

Jahrzehnten für ein geändertes Klima in den Beziehungen zum verarmten Inselstaat Fidel Castros.

Lackmus-Test: Abtreibung und Embryonenforschung

Natürlich bergen einige politische Positionen und Ziele Obamas Konfliktstoffe auch in ethischen Grundfragen. Das betrifft vor allem Fragen des Lebensschutzes, in denen das amerikanische Volk seit Langem gespalten ist: die gesetzliche Regelung der Abtreibung, die staatliche Förderung der Embryonenforschung und die Gesetzgebung für homosexuelle und lesbische Beziehungen. Dabei hatte sich bereits im Wahlkampf herausgestellt, dass Obama als Kandidat der Demokratischen Partei liberale Positionen vertritt, während der Vertreter der Republikanischen Partei, Senator McCain, für die Bewahrung konservativer Grundwerte stand. Bush hatte es von Anfang an verstanden, sich und seine Republikaner als *Pro Life* zu profilieren: Er proklamierte, das Leben der Ungeborenen ebenso gesetzlich schützen zu wollen wie die traditionelle Ehe zwischen einem Mann und einer Frau und dass er die Embryonenforschung auslaufen lassen wolle. Die Demokraten galten als „Pro Choice“: Sie wollen jedem Einzelnen selbst die Entscheidung überlassen, wie er sich im Fall von Schwangerschaft und Zusammenleben verhält. Zwar haben Wahlanalysen gezeigt, dass Obama vorwiegend aus anderen Gründen gewählt wurde – nämlich um das Land aus dem wirtschaftlichen und außenpolitischen Tief herauszuführen, in das die Bush-Regierung es gestürzt hatte. Doch nach seinem Amtsantritt wurde der neue Präsident sofort mit den strittigen Lebensschutz-Fragen konfrontiert, wobei die Abtreibungsfrage und die Embryonenforschung zum Lackmus-Test wurden.

Als Obama wenige Tage nach seinem Amtsantritt per präsidentiale Verfügung das

von seinem Vorgänger erlassene Verbot des Einsatzes von US-Fördermitteln für Geburtenregelung im Ausland aufhob, jubelten die Pro-Choice-Organisationen und verlangten von ihm endlich auch die Einlösung seines Versprechens, das von Demokraten schon mehrfach vergeblich in den Kongress eingebrachte Gesetz zur völligen Freigabe der Abtreibungen (FOCA) zu realisieren. Genau dies wurde für die Pro-Life-Verbände zum Auslöser für eine erste innenpolitische Protestaktion gegen Obama. FOCA sieht eine Rücknahme aller föderalen und bundesstaatlichen Eingrenzungen von Abtreibungen vor. An die Spitze der Bewegung stellte sich die katholische Kirche. Die Bischöfe, die im Wahlkampf die politische Haltung zur Abtreibung als Hauptkriterium für Katholiken bei der Stimmabgabe bezeichnet hatten, gratulierten Obama zwar zur „historischen Wahl des ersten Afro-Amerikaners im Weißen Haus“, knüpften die Mitarbeit der Kirche an der Gesellschaftsgestaltung jedoch an die Bedingung, „die Würde jeder menschlichen Person“ zu schützen und zu verteidigen.

Vielleicht geschah es unter dem Eindruck einer Protestaktion, bei der über vier Millionen Postkarten von Pro-Life-Anhängern den Kongress überschwemmten und alle Abgeordneten aufforderten, FOCA nicht zu unterstützen, dass Obama erstmals auf der Pressekonferenz am hundertsten Tag seiner Amtszeit Stellung zur Abtreibungsfrage bezog. Jedenfalls erklärte er, dass FOCA nicht auf der Prioritätenliste seiner politischen Agenda stehe, sondern dass er die Zahl der Abtreibungen, vor allem derjenigen von minderjährigen Mädchen, durch weitere Gesetze reduzieren wolle (zwei Drittel aller Abtreibungen entfallen in den USA auf die sozial und bildungsmäßig unterprivilegierte schwarze Bevölkerung). Positiv war vorher vermerkt worden, dass in seiner ersten Kongressperiode sofort der „Pregnant Women Support

Act“ wieder eingebracht worden war, ein Gesetz über Hilfsmaßnahmen für schwangere Frauen in Not. Doch als Obama dann ein anderes Versprechen der Liberalisierung wahr machte, die von Bush festgelegte Begrenzung von staatlichen Fördermitteln für die Embryonenforschung aufzuheben, verstärkte sich die Kritik der Lebensschützer an ihm.

Zur Eskalation kam es, als die katholische Elite-Universität Notre Dame in South Bend (Illinois) ihn einlud, beim Semesterjahresabschluss die Festrede zu halten und einen Ehrendoktor in Empfang zu nehmen. Das rief nicht nur den Protest vieler Bischöfe hervor, auch alle Pro-Life-Organisationen liefen Sturm gegen diese Auszeichnung des „Abortion President“. Über vier Wochen lang schaukelte sich die Eskalation in der Öffentlichkeit so hoch, dass die Abtreibungsdebatte in allen Medien mit zum Teil beleidigenden Äußerungen geführt wurde. Vor allem in den Blogs des Internets tobte ein aggressiver Meinungsstreit. Pro-Life-Extremisten nannten Obama einen schlimmeren „Kindermörder als Herodes“, Pro-Choice-Fundamentalisten bezeichneten die Kirche als unglaubwürdig, wenn sie sich jetzt zum Vorreiter für den Lebensschutz von Ungeborenen einsetze, nachdem Abertausende Fälle von Kindesmissbrauch durch Priester aufgedeckt worden seien. Durch eine Unterschriftenaktion wurde der Rektor von Notre Dame, der Ordenspriester John Jenkins von der Kongregation zum Heiligen Kreuz, aufgefordert, Obama auszuladen oder selbst zurückzutreten.

Notre Dame und Obama ließen sich nicht beirren, und die von lauten Protestdemonstrationen begleitete Abschlussfeier mit der Verleihung der Doktorwürde an Obama wurde zu einem Kristallisationspunkt für die Abtreibungsdebatte. Die Mehrzahl der über 12 000 Studenten, Absolventen und Ehemaligen feierte den Präsidenten mit Ovationen im

Stehen. Rektor Jenkins dankte dem Präsidenten, dass er die Einladung von Notre Dame angenommen habe, obwohl ihm bekannt sei, dass die Kirche seine Positionen in den Fragen von Abtreibung und Embryonenforschung ablehne. Doch katholische Universitäten müssten ein „Ort des Dialogs mit Andersdenkenden“ sein, und Obamas Kommen beweise, dass er gleichfalls das Prinzip vertrete, mit denen zu sprechen, die anderer Meinung seien als er selbst.

Einen *Common Ground* suchen

Obama gewann das Publikum mit einer geschickten *Captatio Benevolentiae*, indem er an den legendären früheren Präsidenten, den Heilig-Kreuz-Pater Theodore Hesburgh, erinnerte, der Anfang der 1960er-Jahre die zerstrittenen Mitglieder der US Civil Rights Commission nach Notre Dame eingeladen und „durch beharrlichen Dialog“ zur gemeinsamen Übereinkunft gebracht habe: „Offene Herzen, offene Gedanken und faire Gespräche, das ist eine Lebenshaltung, die immer Tradition von Notre Dame war.“ Den jungen Studenten führte der Präsident vor Augen, dass die globalen Probleme „nicht von einem Einzelnen, nicht von einer Religion oder einer Nation, sondern nur durch eine Kooperation der ganzen Menschheitsfamilie“ gelöst werden könnten. Dies gelte für Krieg, Rechte der Homosexuellen, embryonale Stammzellenforschung und vor allem Abtreibung. Er rief die gespaltenen Gruppierungen auf, sich nicht gegenseitig zu dämonisieren, sondern zu respektieren und eine „gemeinsame Basis“ zu finden, einen *Common Ground*.

Wenn Obama an anderer Stelle seiner Ansprache über seine Zeit als Sozialarbeiter in Chicago den damaligen Erzbischof Kardinal Bernardin erwähnte, gewinnt sein Bezug auf einen *Common Ground* eine besondere Bedeutung für Katholiken: Unter diesem Begriff hatte Kardinal

Bernardin in den 80er-Jahren eine Bewegung zur Versöhnung der nach dem Konzil zerstrittenen Konservativen und Progressiven in der US-Kirche ins Leben gerufen und außerdem die Forderung nach dem gesetzlichen Schutz des ungeborenen Lebens in den größeren Zusammenhang eines „Vestless Garment“ gestellt, des „nahtlosen Gewandes“ einer umfassenderen Lebensethik für die Gesellschaft. Obama führte aus, er glaube, dass die Positionen über Abtreibung zwar „unvereinbar“ seien, aber man müsse die unterschiedlichen Gewissensentscheidungen respektieren, vor allem „die herzzerreißende Entscheidung jeder Frau“. Er bekräftigte, alles zu tun, um die Zahl der Abtreibungen zu vermindern, von Gewissensklauseln für Ärzte und Pflegepersonal bis zu „einer klaren Ethik und soliden wissenschaftlichen Basis“ in der Gesundheitspolitik.

Für den spirituellen Hintergrund von Obamas Haltung spricht eine Passage in seiner Rede, in der er über den Gegensatz zwischen Glauben und Gewissheit spricht, der sich im Zweifel ausdrücke und zur Demut zwingt: „In unserer großartigen Demokratie sollte dieser Zweifel uns dazu bewegen, durch Verstand, wann immer möglich eher zu universalen als zu örtlichen Prinzipien, vor allem aber durch beständige Beispiele für gute Taten, Nächstenliebe, Zuwendung sowie Herz und Kopf bewegende Dienste die goldene Regel zu befolgen, die von gläubigen und nicht gläubigen Menschen geteilt wird“ – ein bemerkenswert persönliches Bekenntnis.

Streitpunkt nationale Sicherheit

Nur eine Woche nachdem Obama sich in Notre Dame, wie die *New York Daily News* schrieb, „head-on hot issues“ stellte, also entschlossen heiße Eisen anpackte, wurde er mit einer für das amerikanische Volk noch brennenderen Sorge konfrontiert: mit der nationalen Sicherheit. Von

allen Kabelfernsehstationen übertragen wurde das, was die *Washington Post* als „Showdown“ in der Guantánamo-Frage bezeichnete: zuerst Obamas Entscheidung über die Zukunft des berüchtigten Terroristenlagers und seiner Insassen, die er an historischer Stätte im Nationalarchiv mit den Originalen der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von 1786 und der Verfassung von 1788 verkündete, kurz danach am selben Tag eine Grundsatzerklärung des früheren demokratischen Vizepräsidenten Dick Cheney über nationale Sicherheit im „American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI)“, einem privaten Unternehmen zur Erhaltung konservativer Werte in der Gesellschaft.

Die Positionen der beiden Politiker standen sich diametral gegenüber. Obama erklärte, die amerikanischen Werte und Grundrechte dürften auch zum Schutz der nationalen Sicherheit in keinem Falle außer Kraft gesetzt werden. Sein entscheidender Satz: „Ich glaube mit jeder Faser meiner Existenz, dass wir dieses Land nicht schützen können, wenn wir nicht auch die Macht unserer grundlegendsten Werte einsetzen.“ Cheney widersprach kalt dem „Selbstverständnis moralischer Überlegenheit“ Obamas und enthüllte den Grundsatz der republikanischen Bush-Regierung: „Im Kampf gegen den Terrorismus gibt es keinen Mittelweg, und Halbheiten lassen uns halb ungeschützt.“ Nach Vorlage der von ihm angeforderten juristischen Gutachten besteht eine komplexe Situation, die Obama dadurch lösen will, dass er „die richtige Balance“ zwischen den Werten des amerikanischen Rechtsstaates und dem Schutz der amerikanischen Bürger anstrebt.

Als der von Demokraten beherrschte Senat am gleichen Tag dem Präsidenten

die Gelder für die Schließung Guantánamos verweigerte, worüber die Opposition und einige Militärs jubelten, ging Obama von seinem Ziel, das Lager auf Kuba Ende des Jahres zu schließen, nicht ab. Er weiß, dass er noch einige Vorbedingungen erfüllen muss, um die Ängste vieler Amerikaner zu beseitigen (die auch von einigen Kongressmitgliedern seiner eigenen Partei geteilt werden), dass freigelassene Guantánamo-Gefangene in den USA weiterhin ein Sicherheitsrisiko darstellen – Bedenken, die es auch in europäischen Ländern gibt. Die von Cheney im Vorfeld aufgestellte Behauptung, ohne die von der Bush-Regierung beschlossenen Foltermethoden wären vielleicht Hunderte, vielleicht Tausende von unschuldigen Amerikanern bei weiteren Angriffen getötet worden, hatte Obama auf einer Pressekonferenz bereits mit dem Hinweis gekontert: „Als Oberkommandierender habe ich Einsicht in alle Vorgänge, ich kann Ihnen versichern, dass dies nicht der Fall ist!“

Moral in der Politik heißt: Suche nach einem *Common Ground* auf der Basis ethischer Grundwerte statt Konfrontation mit einem absoluten Anspruch auf Besserwissen und militärische Macht, was Terrorismus und Krieg zur Folge hat. Das macht den Unterschied zwischen dem neuen Kurs Obamas und dem Weg der Bush-Regierung aus. Eine Blitzumfrage hat am Tag der Doppelreden im Übrigen ergeben, dass nur noch knapp über zwanzig Prozent der amerikanischen Bevölkerung die Cheney-Bush-These gutheißen. Den Weg der Moral in der Politik zu wählen, wozu Obama trotz Widerständen im eigenen Land und neuer akuter Weltprobleme, etwa mit Nordkorea, entschlossen ist, verspricht allerdings keine Garantie für Erfolg, schon gar nicht für schnelle Erfolge.